Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 150 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 17. Mai 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30–32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783–88, 5980–88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 9000 M monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungenen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 1000,— M je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

17. 5. a Nr. 225 150
62. Jahrgang.

Kletz & Co. G.m.b.H. Bau- und Industrie-Hölzer Berlin NW 7 Mittelstraße 24 Zentrum 11566 u. 10839

Noch keine Beschlüsse über die neue Note.

Fortsetzung der Kabinettsberatungen.

Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung über die durch die Noten Englands und Italiens geschaffene politische Lage, sind in den letzten Tagen fortgeführt worden. So hat besonders am Dienstag abend eine mehrstündige Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden. Entgegen einer Angabe, die in der Presse zu finden ist, sind in dieser Sitzung jedoch keine förmlichen Beschlüsse über ein neues Angebot an die Alliierten gefaßt worden. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler den Fraktionsführern gegenüber die Geneigtheit der Reichsregierung betont, sich mit einer neuen Note an die alliierten Mächte zu wenden. Aus dem Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung ergibt sich, daß dies auch der Auffassung der Reichstagsmehrheit, von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, entspricht. Es steht also fest, daß eine neue Note abgesandt wird, aber alle Angaben über ihren mutmaßlichen Inhalt oder den Termin ihrer Absendung sind verfrüht. Dies hängt ganz von dem Ergebnis der noch im Gange befindlichen Beratungen ab.

Pariser Rätselraten über den neuen deutschen Schritt.

S. Paris, 17. 5. (Eigenbericht.) Die heutige Pariser Morgenpresse veröffentlicht lange Auszüge aus der gestrigen Reichstagsrede des Abgeordneten Hermann Müller. Nach Berliner Informationen einzelner Zeitungen werde die deutsche Regierung den Alliierten im Laufe der nächsten Woche eine neue Note überreichen, in der besonders die Garantiefrage ausführlich behandelt würde. Hinsichtlich der gesamten Reparationssumme, heißt es, würde dabei auf den früheren Plan der Festsetzung durch ein Schiedsgericht zurückgekommen. Ferner heißt es, daß der deutsche Botschafter in London beauftragt sei, bei der englischen Regierung sorgfältig wegen des genauen englischen Standpunktes zu sondieren. (Wir haben bereits weiter oben darauf hingewiesen, daß alle Angaben über Zeitpunkt der Uebergabe und Inhalt der neuen deutschen Note verfrühte Kombinationen sind. Red.)

Bestohlen, mißhandelt und beschossen

Belgische Wegelagerer in Essen.

th Essen, 17. 5. (Eigenbericht.) Der Bergmann H. L. Gladbeck, Wittringstraße, machte in ordentlicher Vernehmung folgende Aussagen: In der Nacht vom 4. zum 5. Mai gegen 12½ Uhr, als ich auf dem Heimwege an der Ecke Wiesen- und Bottroper Straße war, begegneten mir zwei belgische Soldaten (einer davon ein Unteroffizier), die auf der anderen Seite gingen. Sie riefen mich an. Der Unteroffizier hielt mir die Pistole vors Gesicht und verlangte meinen Paß. Ich nahm die Brieftasche heraus, in der der Paß war. Der Unteroffizier entriß mir meine Brieftasche, steckte sie zu sich und durchsuchte mit seinem Begleiter meine anderen Sachen. Er nahm mein Zigarettenetui, einen Hausschlüssel, einen Taschenspiegel, eine Zigarettenspitze aus Elfenbein mit Goldfassung, eine Dose Streichhölzer sowie meinen Hut. Nachdem ich von oben bis unten durchsucht war, kam eine Zivilperson vorbei. Der Unteroffizier hielt auch diesen Mann an. Als er ihm die Brieftasche entreißen wollte, lief die Person hinweg. Der Unteroffizier schoß zweimal aus seiner Pistole hinterher, dann richtete er die Waffe wieder auf mich und schickte mich unter dauernder Bedrohung „Ich schieße dich tot" weg. Er schlug mich wiederholt mit der Pistole und der Faust ins Gesicht, gegen Schulter und Seite.

Wie gemeldet, haben die Franzosen in der vergangenen Woche durch Unterbindung des Seilbahnbetriebes von der Zeche Karolinenglück zum Bochumer Verein den Betrieb in diesen Werken in der empfindlichsten Weise gestört. Jetzt sind sie dazu übergegangen, durch eine Pioniertruppe die Eisenbahnverbindung zwischen der Zeche Karoline und dem Hüttenwerk des Vereins durch Herausnahme von Schienenstücken zu unterbrechen. Durch diese neue Maßnahme wird die völlige Stillegung des Bochumer Vereins beschleunigt und 25 000 Arbeiter und Angestellte brotlos. Ebenso machen sich die Folgen für das Böntroper Walzwerk bemerkbar, das vom Bochumer Verein beliefert wird und das bei einer Stillegung 10 000 Arbeiter entlassen müßte.

Bahnsprengungen bei Trier.

Gemeindevorsteher, Pfarrer und Förster als Geiseln verhaftet.

Saarbrücken, 17. 5. (W. T. B.) Die „Saarbrücker Landeszeitung" meldet aus Trier: In der Nacht zum 14. Mai wurde auf dem Bahnkörper bei Foehren (Bahnstrecke Trier—Koblenz) eine Sprengung versucht. Auf das Gleis der Bahn wurde eine Sprengpatrone gelegt, die bei der Durchfahrt eines Zuges zur Explosion kam, die Gleise aufriß und den letzten Wagen des Zuges zur Entgleisung brachte. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat verhafteten die Franzosen als Geiseln den Beigeordneten Rohr in Schweich, sowie in Foehren den Gemeindevorsteher, den Pfarrer und den Förster. Ueber den Umfang des angerichteten Schadens ist nichts zu erfahren. Dem Vernehmen nach soll es bei Wengerohr (an der gleichen Strecke, Red.) ebenfalls zu Sprengungen von Bahnanlagen gekommen sein.

Der Oberbürgermeister von Aachen vor dem Kriegsgericht.

ot. Aachen, 16. 5. (Eigenbericht.) Oberbürgermeister Farwick-Aachen hatte sich heute vor dem belgischen Kriegsgericht wegen Verweigerung einer Lieferung von Möbeln für ein Quartier der Besatzung zu verantworten. Vom Staatsanwalt wurden ein Monat Gefängnis und eine Million Mark Geldstrafe beantragt. Das Urteil wird am nächsten Sonnabend gefällt werden.

Amtl. Dollarkurs: 46 650.

Frankreichs Wunsch nach einem „Waffenstillstand".

Ein Manöver gegen den passiven Widerstand.

S. Paris, 17. 5. (Eigenbericht.) Der Pariser Vertreter der „Times" versucht heute ein neues Manöver, um Deutschlands Widerstand im Ruhrgebiet zu schwächen. Er schlägt eine Art Waffenstillstand vor, der darin bestehen soll, daß, solange Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten im Gange sind, die entsprechenden Verordnungen der deutschen Regierung zurückgezogen werden, (!) während auf der anderen Seite der von Frankreich ausgeübte Druck vermindert werden soll. Auf diese Weise würde sowohl die französische wie auch die deutsche Auffassung in dieser Frage Berücksichtigung finden. Der „Times"-Vertreter will diesen Gedanken in französischen politischen Kreisen gehört haben, betont aber gleichzeitig, daß es sich nur um ein Gerücht handele. **In Wahrheit handelt es sich aber natürlich um ein gegen Deutschland gerichtetes Manöver, wie denn auch in der „Times" ausdrücklich zugegeben wird, daß sich hinter der Bezeichnung „Waffenstillstand" in Wirklichkeit nur die Kapitulation Deutschlands verbergen würde.**

*

Wir verzeichnen diese Aeußerung des Pariser „Times"-Berichterstatters aus dem Grunde, weil sie symptomatisch für gewisse Strömungen der englischen und italienischen Politik scheint, die auf dem Wege über einen scheinbar für Deutschland ehrenvollen Handel uns die einzige Waffe im Kampf um eine tragbare Lösung des Reparationsproblems aus der Hand winden wollen. Es ist offenbar, daß ein derartiges Ansinnen nur im Sinne der französischen Politik liegt. Von vornherein darf kein Zweifel bestehen, daß unter gar keinen Umständen Deutschland zu einem derartigen Geschäft bereit ist. Die Erfahrungen des Jahres 1918 sind eine furchtbare Lehre für Deutschland.

Reise Beneschs und Masaryks nach Paris.

Paris, 17. 5. Der Prager Vertreter des „Petit Parisien" hatte eine Unterredung mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch, der ihm erklärte, eine Entente zwischen der Tschechoslowakei und Polen sei notwendig. Sie werde kommen, und wer sich ihr widersetze, sei ein kurzsichtiger Politiker. Die Tschechen hätten 300 Jahre lang gegen Wien gekämpft und in drei Jahren ein „Einvernehmen" mit Wien getroffen. Dem früheren Feinde sei eine halbe Milliarde Kronen geborgt worden. Es sei notwendig, die Prestigediplomatie aufzugeben und Realpolitik zu treiben. Benesch teilte dem Berichterstatter mit, das Einvernehmen mit Wien sei vollkommen. Es müsse unverständlich erscheinen, wenn man nicht auch mit Polen wegen einer Frage, die nur 450 Bewohner (Javorina-Frage. D. Red.) angehe, ein Abkommen sollte schließen können.

Benesch teilte dem Berichterstatter ferner mit, daß Präsident Masaryk demnächst nach Paris kommen werde. Die Einladung dazu sei von Foch überbracht worden. Benesch selbst werde sich nach Paris begeben, um der französischen Regierung im Namen Masaryks für den Besuch Fochs zu danken. Bei dieser Gelegenheit werde er alle Einzelheiten wegen des Besuchs Masaryks regeln.

Preußischer Staatsrat.

Ueberführung staatlicher Bergwerke in private Verwaltung.

Der Preußische Staatsrat hielt Donnerstag eine kurze Sitzung ab, in der zunächst dem Gesetzentwurf betr. Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine G. m. b. H. zugestimmt wurde. Bei dieser Gelegenheit nahm der Berichterstatter Dr. Beudenburg Veranlassung, auf Ausführungen des kommunistischen Abg. Koenen im Reichstage zurückzukommen, der dort behauptet hatte, daß die Bergwerksbesitzer mit den Franzosen zusammenarbeiten. Diese Behauptung sei vollkommen unwahr. Die Unternehmer hätten weder Kohlen für die Franzosen fördern lassen noch die Abfuhr der Haldenkohlen unterstützt. Die Unternehmer seien vor wenigen Wochen dazu übergegangen, zur Vermeidung von Transporten von Koks ihre Kokereien stillzulegen, trotz des großen Schadens, der durch das Erkalten entsteht. Es könnte doch kein Mensch annehmen, daß sie wenige Tage später den Franzosen helfen sollten. Im Gegenteil werde der passive Widerstand sowohl seitens der Arbeitgeber als auch der Arbeiterschaft in schärfstem Maße weiter durchgeführt. (Lebh. Beifall.)

Zu dem Gesetzentwurf wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Staatsrat begrüßt das Bestreben des Staatsministeriums, den staatlichen Bergwerken eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Betriebsform zu geben. Der Staatsrat erklärt sich auch einverstanden mit der Auffassung des Staatsministeriums, daß eine Ueberführung dieser staatlichen Unternehmungen in privatwirtschaftliche Verfügungsgewalt nicht angebracht ist. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Betriebsform mit Hauptgesellschaft und Einzelgesellschaften hält der Staatsrat aber nicht für richtig. Er empfiehlt dem Staatsministerium eine Umarbeitung des Gesetzentwurfs dahingehend, daß die staatlichen Erwerbsunternehmungen in einer Aktiengesellschaft mit zentraler Leitung zusammengefaßt werden.

Nächste Sitzung: 19. Juni.

Sozialdemokratisches Agrarprogramm.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat — offenbar zu agitatorischen Zwecken — im Reichstag einen großen Antrag eingebracht, in dem es u. a. heißt:

Die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung und Bodennutzung ist unverzüglich durchzuführen.

Die Privateigentümer von mehr als 750 ha landwirtschaftlich oder 100 ha forstwirtschaftlich benutzten Bodens sind verpflichtet, den überschießenden Teil an das Reich abzutreten.

Der Wald verbleibt dauernd im Eigentum des Reichs.

Bei jedem Grundstücksverkauf ist dem Reich, dem Staat oder der Gemeinde das Vorkaufs- oder Ankaufsrecht zu sichern.

Neue Rede Loucheurs.

Die ergebnislose Ruhrbesetzung. — Frankreichs „vernünftige" Forderung. — Amerika muß helfen. — Das „Sonderstatut" für das Rheinland.

S. Paris, 17. 5. (Eigenbericht.) Loucheur sprach gestern über die deutsch-französischen Beziehungen, ohne indessen viel Neues seinen früheren Reden hinzuzufügen. Er sprach sich für die Zahlung deutscher Jahresraten aus, die die Früchte deutscher Arbeit darstellen müßten. Denn das gesamte Gold der Welt reiche nicht für die Zahlung der von den Alliierten festgesetzten deutschen Schuldsumme von 132 Milliarden Goldmark. Loucheur betonte dann noch einmal, daß er ursprünglich gegen die Ruhrbesetzung gewesen sei, vielmehr hätte er im engsten Einvernehmen mit England, durch selbständige Verhandlungen mit Deutschland geglaubt, weit mehr erreichen zu können. Da nun aber einmal Frankreich an der Ruhr stehe, so müßten alle Franzosen die Ruhraktion tatkräftig unterstützen. Loucheur erwähnte auch, daß er eine Einladung nach Amerika erhalten habe, um dort in öffentlichen Vorträgen den französischen Standpunkt zu verfechten. Es sei aber zurzeit noch ungewiß, ob er dieser Einladung Folge leisten wird.

Loucheur sagte in seiner Rede weiter:

„Ich habe wohl gedacht, daß man zu Zwangsmaßnahmen kommen müsse, aber ich habe sie im Einverständnis mit allen Alliierten gewünscht. Die Deutschen hegten die Hoffnung, daß die Welt den Einmarsch mißbilligen werde. Deutschland hat auch geglaubt, daß sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Franzosen, die Anhänger der Ruhrbesetzung waren, und denen, die Gegner der Besetzung waren, ergeben würden. Deutschland muß sich für besiegt erklären, denn Frankreich ist entschlossen, bis ans bittere Ende zu gehen. Nicht ein Franzose, der dieses Namens würdig ist, kann die Räumung des Ruhrgebietes vor Anerkennung der Rechte Frankreichs billigen."

Loucheur behauptete, daß die von Frankreich verlangte Summe vernünftig sei. Jeder Gedanke einer Annexion des Ruhrgebietes läge Frankreich fern. Denn wenn die Besetzung jetzt anscheinend auch kein Ergebnis habe, so habe sie doch die feste Entschlossenheit Frankreichs gezeigt, bezahlt zu werden. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei auch eine Garantie. Die Besetzung dürfe nur in dem Maße aufgegeben werden, in dem Deutschland seine Verpflichtungen erfülle.

Zum Schluß sprach Loucheur von der Sicherheit Frankreichs. Da der amerikanisch-englische Pakt nicht zustande gekommen sei, müßten Maßnahmen auf dem linken Rheinufer getroffen werden. Keine Annexion! Damit würde man den Fehler Bismarcks wieder begehen, der Elsaß-Lothringen annektiert habe. Ein besonderes Statut für die Rheinprovinz sei aber notwendig. Man müsse sie der Herrschaft Preußens entziehen, denn Preußen bedeute den Krieg. (!) Außerdem müßte eine internationale Organisation zur Kontrolle der Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer geschaffen werden. Frankreich wolle nur sein Recht, aber es wolle auch den Frieden gewinnen.

Verschärfung des belgischen Eisenbahnerstreiks.

S. Paris, 17. 5. (Eigenbericht.) Der Streik der belgischen Eisenbahner und Postbeamten beginnt jetzt auch den gesamten internationalen Verkehr stark zu lähmen. In Brüssel konnten über 800 000 Briefe nicht zugestellt werden. Aus ganz Belgien werden lokale Streiks gemeldet. Arbeitseinstellungen zahlreicher Fabriken infolge des Kohlenmangels sind unvermeidlich. Die internationalen Züge Paris—Amsterdam können nicht über Antwerpen hinaus. Auf dem Brüsseler Nordbahnhof stockt der Verkehr völlig.

In der belgischen Kammer ist die Mobilisierung von Truppen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs infolge einer sozialistischen Interpellation zur Sprache gekommen. Der Kriegsminister führte aus, daß er gesetzlich berechtigt sei, die Eisenbahnarbeiter zu mobilisieren, um den Transport zum Ruhrgebiet aufrecht zu erhalten. Gegen Ende der Sitzung verlangte der Abgeordnete Carton de Wiart, daß die Vertrauensfrage für die Regierung auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die weitere Aussprache wurde vertagt.

Das Banditenwesen in China.

London, 16. 5. (W. T. B.) Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat Pater William Denvers mit dem Führer der Räuberbande, die den Expreßzug bei Lincheng überfallen und dabei eine Anzahl Ausländer weggeschleppt hat, verhandelt. Er hat aus Linsiang berichtet, der Führer der Räuber habe erklärt, alle Gefangenen würden getötet, wenn die ausländischen diplomatischen Vertreter in China sich nicht dafür verbürgten, daß China die von den Räubern gestellten Bedingungen erfüllen werde.

Reuter meldet aus Peking: Der Verkehrsminister Wu Yu-lin und General Yang haben sich nach dem Hauptquartier der Räuber begeben und sich als freiwillige Geiseln gestellt, um die Freilassung der gefangenen Ausländer zu erlangen. Die Regierung hofft, daß die Gefangenen bald befreit werden. Nach zuverlässigen Berichten haben die Räuber die Gefangenen jedoch inzwischen zehn Meilen weiter von der Eisenbahn weggebracht.

Wie „Times" meldet, soll die Räuberbande dieselbe sein, die im Dezember vergangenen Jahres Tsingtau nach der Uebergabe durch die Japaner an China einige Zeit terrorisiert hat. Die Räuber vergehen sich aber nicht nur an den Fremden. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden von ihnen Hunderte von Chinesen entführt und, obwohl von der Regierung ein Kommissar zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt war, sind von diesem keine durchgreifenden Maßregeln ergriffen worden.

Amerika lehnt den Völkerbund erneut ab.

Eine Rede des Staatssekretärs Hughes.

Paris, 17. 5. Aus Washington meldet die „Chicago Tribune":

In einer Rede, die Staatssekretär Hughes in Washington hielt, erklärte er, der Völkerbund als Agentur zur Sicherung des Friedens habe Schiffbruch erlitten. Der Friede könne mit Gewalt nicht aufrechterhalten werden. Wenn aber die jetzigen Hüter des Friedens selbst Streitigkeiten miteinander hätten, so müsse man fragen, wer eigentlich diese Friedenshüter bewachen solle.

Das Blatt schreibt, diese Rede habe unter die Anhänger des Völkerbundes wie eine Bombe eingeschlagen, da man glaubte, Staatssekretär Hughes habe für den Völkerbund eintreten wollen, zumal er in seiner letzten Rede den Eindruck hervorgerufen habe, als ob die Regierung der Vereinigten Staaten sich mehr mit den europäischen Angelegenheiten beschäftigen wolle.

Besatzungskosten-Verhandlungen Amerika-Deutschland?

Paris, 17. 5. Dem „New York Herald" wird aus Washington gemeldet: Die Regierung der Vereinigten Staaten scheint die Geduld verloren zu haben, weil die Verhandlungen in Paris wegen Rückzahlung der Besatzungskosten der amerikanischen Armee bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Das Staatsdepartement erklärte, man habe alles Entgegenkommen bewiesen, um zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen. Obgleich die amerikanischen Forderungen von allen Alliierten anerkannt würden, schienen diese doch nicht geneigt zu sein, die amerikanischen Vorschläge anzunehmen. Man hoffe noch immer, daß es dem Delegierten der Vereinigten Staaten, Wadsworth, gelingen werde, die Verhandlungen in befriedigender Weise zu beenden. Sollte dies aber nicht möglich sein, so würden sich die Vereinigten Staaten vorbereiten, die Angelegenheiten mit Deutschland direkt zu erörtern.

Krassin bei Curzon.

London, 17. 5. (W. T. B.) **„Daily Mail" zufolge verlautet, daß Lord** Curzon Krassin heute empfangen wird. Beide Gruppen der liberalen Partei würden bei der heutigen Unterhausdebatte über die Vertagung des Parlaments gemeinsam von der Regierung die Zusage fordern, daß kein Schritt zur Aufhebung des englisch-russischen Handelsabkommens getan wird, bevor diese Frage dem Parlament unterbreitet worden ist.

Krassin erklärte Zeitungsvertretern, daß einstweilen nichts auf eine glückliche Lösung des Konflikts schließen lasse. Wenn das Abkommen mit Rußland aufgelöst würde, so würde das Schlimmste, vielleicht sogar der Krieg in Osteuropa, befürchtet werden. Es scheint, daß die Mitglieder der russischen Handelsabordnung bereits Reisevorbereitungen treffen.

Die Liquidation des deutschen Eigentums in Rumänien

Bukarest, 16. 5. (Meldung der Agentur Orient Radio.) Die Ober-Sequestrierungskommission hat beschlossen, daß das gesamte unter Sequester gestellte Eigentum früherer Feinde gemäß den Bestimmungen der Verträge liquidiert werden soll. Die Kommission hat ferner beschlossen, auch das nicht sequestrierte Eigentum ehemaligen Feinde zu liquidieren, selbst wenn es in den Besitz rumänischer Untertanen übergegangen ist. Die Schulden rumänischer oder alliierter Untertanen an die unter Sequester gestellten Gesellschaften sollen nicht mehr an diese Gesellschaften, sondern unmittelbar an die Ober-Liquidierungskommission gezahlt werden.

*

Den Rumänen steht ja bekanntlich nach den Bestimmungen des Friedensdiktats das Recht zu, das deutsche Eigentum in Rumänien zu liquidieren. Die Schlußwendung der obigen Meldung läßt die Vermutung zu, daß auf Drängen der großen Entente die Abwicklung der Liquidation zugunsten der deutschen Reparationsgläubiger beschleunigt werden soll.

Auch die Franzosen liquidieren beschleunigt.

S. Paris, 17. 5. (Eigenbericht.) Der Verkauf des sequestrierten Besitztums des früheren deutschen Konsuls in Lyon und des Leiters der ehemaligen dortigen Filiale der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurde gestern fortgesetzt. Die gestern versteigerten Juwelen erbrachten zusammen 320 000 Francs. Mit solchen Mitteln hofft die Entente den Ausfall an direkten Barzahlungen auf Reparationskonto zu decken.

Dänisch-rumänisches Handelsabkommen.

Kopenhagen, 16. 5. (Mtb.) Ueber das Handelsabkommen zwischen Dänemark und Rumänien, das im Jahre 1910 abgeschlossen und das von Rumänien vor einem Jahre gekündigt wurde, haben nunmehr Verhandlungen und ein Notenwechsel zwischen beiden Staaten stattgefunden, um die Handelsbeziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Meistbegünstigung zu regeln. Der Vertrag ist mit vierteljährlicher Kündigung abgeschlossen worden.

Regelmäßiger Dienst Hamburg—London.

hem. Hamburg, 17. 5. (Eigenbericht.) Unter dem Namen „Neue Hamburg-London-Linie" wird demnächst ein regelmäßiger Dampferdienst zwischen Hamburg und London aufgenommen werden. Als erstes Schiff wird am 25. Mai der deutsche Dampfer „Broghild" von Hamburg abgefertigt. Weitere Dampferabfertigung von Hamburg findet jeden Freitag statt.

Interalliierter Streit um die anatolischen Bahnen.

Frankreich fühlt sich benachteiligt. England leugnet Monopolabsichten.

S. Paris, 17. 5. (Eigenbericht.) Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel hat eine englisch-schweizerische Bankengruppe die Aktienmehrheit an der Anatolischen Bahn erworben. Die Transaktion wurde in erster Linie durch die Bank Rothschild (?) und durch das bekannte Londoner Bankhaus Schröder u. Co. durchgeführt. Von französischer Seite wurde gegen diesen Kauf protestiert, und zwar, wie es scheint, mit der Begründung, daß es sich bei den erworbenen Anteilen der Schweizer in Wirklichkeit um deutsche Anteile handle, die nach den vertraglichen Bestimmungen der Reparationskommission zugeführt werden müßten. Demgegenüber wird von englischer Seite betont, daß die an der Bahn interessierten französischen und italienischen Gruppen sofort von dem neuen Abschluß unterrichtet und zu einer Besprechung in London eingeladen wurden. Die italienische Gruppe hat diese Einladung angenommen und wird in etwa zwei Wochen an dieser Konferenz in London vertreten sein. Die französische Gruppe hat aber bisher überhaupt noch nicht geantwortet.

Die „Morning Post" betont, daß von englischer Seite der italienischen und der französischen Gruppe die Teilnahme noch immer offengehalten werde, und daß England nicht die Absicht habe, ein Monopol über die türkischen Bahnen zu erstreben.

S. Paris, 17. 5. (Eigenbericht.) Wie dem „Petit Parisien" aus Lausanne berichtet wird, setzen die Türken große Hoffnungen auf die Reise ihres früheren Finanzministers und jetzigen dritten Delegierten, Hassan Bey, nach Paris, der gestern für vier Tage hierher abgereist ist, um die Frage der Zahlung der Annuitäten für die türkischen Staatsschulden zu regeln.

Zwischenfall an der kleinasiatischen Küste.

Paris, 17. 5. Die Agentur Radio meldet aus Konstantinopel: Folgendes Communiqué des kemalistischen Generalstabes wird veröffentlicht: Im Abschnitt Smyrna versuchten feindliche Unterseeboote sich der Küste von Dikeli zu nähern, wurden aber gezwungen, sich in der Richtung auf Mytilene zurückzuziehen. An der kleinasiatischen Küste wird große Tätigkeit des Feindes beobachtet.

Eine Konstantinopeler Meldung besagt, daß wegen der Gefahr eines Angriffs von Griechenland und Serbien auf die Türkei und Bulgarien die englischen Offiziere aufgefordert wurden, fortan bei keinerlei offizieller Kundgebung zu erscheinen. Eine offizielle Bestätigung der Nachricht fehlt.

Der kriegslustige Griechengeneral.

London, 17. 5. Der griechische General Pangelos hielt einer Athener Meldung der „Daily Mail" zufolge in Saloniki eine Rede, in der er erklärte, die revolutionäre Regierung in Griechenland habe einstimmig beschlossen, in Lausanne in längstens zehn Tagen eine Entscheidung herbeizuführen. Eine griechische Niederlage anzuerkennen, müsse man ablehnen. Nur der Konstantinismus, aber nicht Griechenland sei geschlagen worden. Als Besiegte würden die Griechen keinen Friedensvertrag unterzeichnen. Es sei bereit, den Kampf fortzusetzen. Es werde Griechenland leicht sein, den Feind aus Europa zu vertreiben.

Die ausländischen Schulen in der Türkei.

Lausanne, 16. 5. Die politische Kommission beriet heute über mehrere Fragen von untergeordneter Bedeutung. Bezüglich der englischen Friedhöfe auf Gallipoli kam ein Einvernehmen mit den Türken zustande, ebenso hinsichtlich der Eisenbahn von Adrianopel nach Konstantinopel. Unmöglich war ein Einvernehmen über die Frage der Schulen, die von den fremden Nationen errichtet wurden. Die Türken wollen nur jenen Schulen das Recht auf Weiterbestehen zuerkennen, die von Engländern, Franzosen und Italienern gegründet worden sind, nicht jedoch denen, die Jugoslawen oder Rumänen ihre Entstehung verdanken. Morgen hält die Konferenz wegen des türkischen Beiramfestes keine Sitzung ab.

Polens „unzweifelhafte Rechte" auf Danzig.

Eine Erklärung des polnischen Außenministers.

Warschau, 16. 5. (W. T. B.) In dem Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach Minister Skrzynski über das Verhältnis der freien Stadt Danzig zu Polen. Er erklärte, daß die polnische Regierung entschlossen sei, dem Vorgehen des Danziger Senats ein energisches Veto entgegenzusetzen und die im Versailler „Vertrag" vorgesehenen Rechte Polens zu fordern. Die freie Stadt Danzig suche die polnischen Souveränitätsrechte, die der Versailler „Vertrag" in der Weise zum Ausdruck brachte, daß Polen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik die freie Stadt Danzig vor dem internationalen Forum zu verteidigen habe, in Abrede zu stellen. Diesem Bestreben müsse ein Ende gesetzt werden. Unbegründet und aus der Luft gegriffen seien jedoch Nachrichten, als ob Polen seine „unzweifelhaften Rechte" unter Anwendung von Gewalt zur Geltung zu bringen beabsichtige.

Polenrummel in Königshütte.

Königshütte, 17. 5. (W. T. B.) Heute nacht wurden in Königshütte sämtliche deutschen Firmenschilder zerschlagen, abgerissen oder überschmiert. Alle Schaufenster der Geschäftsstelle des Organs der deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien, des „Oberschlesischen Kuriers" wurden zertrümmert. Bereits vor dem Nationalfeiertag der Polen am 3. Mai war allen deutschen Kaufleuten die Zerstörung ihrer Geschäfte angekündigt worden, falls sie die deutschen Inschriften nicht entfernten.

Die Paulskirche und die deutsche Nation.

Eine Gegenwartsbetrachtung zum 18. Mai.

Von Prof. **Hermann Oncken**, München.

Wir Deutsche erfreuen uns nicht des Segens einer nationalen Geschichte, die von einem einzigen Rhythmus durchzogen, in geschlossen einheitlichem Geiste sich entfaltet und darum allen Volksgenossen ein gleich teurer und gleich verständlicher Besitz ist. Wie dünn ist doch die Reihe der politischen Führergestalten der Vergangenheit, die von allen Deutschen gleichmäßig verehrt werden, und wie gering vollends die Zahl der nationalen Gedächtnistage, die unsere ganze Nation berühren und den Funken lebendigen Anteils aus allen Gemütern schlagen. Dieses uneinheitliche, lose und fremde Verhalten zu unserer Vergangenheit als etwas Ganzem, an sich nur ein Ergebnis unseres Geschichtsverlaufs, ist seit der Katastrophe von 1918 von neuem verschärft und vertieft worden. Die Gesamtheit der Nation ist im Augenblick noch weit entfernt, mit nationaler Instinktsicherheit alle Epochen und Krisen ihres gewaltigen und tragischen Lebensganges als unvermeidliche Stufen einer Entwicklung, die durchschritten werden mußte, und die großen Erscheinungen, ganz gleich welchem Lager sie zu ihrer Zeit angehörten, als einen nationalen Gemeinbesitz zu betrachten — ohne ängstlich zu fragen, ob der einzelne historische Vorgang, die einzelne historische Persönlichkeit auch irgendeinem trivialen Parteibedürfnis des Momentes näher oder ferner steht. Noch sind viele Männer der Linken nicht so weit, ein inneres Verhältnis zu der überragenden Gestalt Bismarcks und seiner Reichsschöpfung zu gewinnen, mit ihrer starken Sicherung nach außen und ihrer abgewogenen Kräfteverteilung im Innern, nur weil die Erinnerung an diese Ordnung der historisch-monarchischen Gewalten vielleicht der heutigen republikanischen Staatsform abträglich sein könnte. Und ebenso sträuben sich die Männer der Rechten, die in der monarchischen Vergangenheit des Reiches von 1871 bis 1918 mit Treue und Sehnsucht leben, instinktiv dagegen, den nationalen Einheits- und Freiheitsdrang der Bewegung von 1848, die Summe dieser ganzen aus der Idee der Souveränität der Nation strömenden Kräfte, in ihrem Gesamtverlaufe und in ihren Gegenwartswerten unbefangen zu würdigen.

Von diesem Gegenwartswerte vor allem sei an dem 75jährigen Gedächtnistage des 18. Mai 1848 die Rede — wenn ein solcher nicht zu entdecken wäre, täte man besser, in der furchtbaren Not dieser Zeit still an diesen Erinnerungen vorbeizugehen. Aber dieser Wert besteht, er drängt sich dem historischen Blicke geradezu auf, wenn man sich nur hütet, aus der Bewegung von 1848 einen Götzen oder einen Popanz zu machen, und entschlossen darauf verzichtet, parteimäßige Ziele von heute in das Bild von damals hineinzutragen: wenn man mit anderen Worten auf den Kern der Dinge blickt, die damals die Menschen in der Tiefe ihrer Seele bewegten. Mochten die Erinnerungen des Revolutionsjahres im Zeitalter des Bismarckschen Reiches überschattet sein, weil man die glückliche Vollendung dessen erlebte, was einst kläglich gescheitert war, heute haben die Dinge wiederum ein anderes Gesicht angenommen. Heute gewinnen diese Erinnerungen, richtig gesehen, die ihnen innewohnende geschichtliche Bedeutung zurück, nicht um an die Stelle der Traditionen des Bismarckschen Reiches zu treten (das ja das tiefste Fundament des Staates von heute bleibt), sondern um an der Seite dieses Werkes sichtbar zu werden, jenseits liegend und doch in die Gegenwart hineinragend. Sie scheinen sich mit neuem Leben zu erfüllen, so wie nicht selten frühere Stufen einer Entwicklung in einem viel späteren Stadium eine ungeahnte schöpferische Zeugungskraft von neuem entfalten können.

Die Männer, die sich am 18. Mai 1848 in der Paulskirche versammelten, kamen in dem Vollgefühl, nach Jahrhunderten zu einer wahrhaft historischen Aufgabe für ihr Volk berufen zu sein und ein Werk nationaler Selbstbestimmung zu vollstrecken — „des Vaterlandes Größe und Glück zurückzubringen", wie die Inschrift des Versammlungsraumes ihnen zurief. Und sie verstanden diese nationale Selbstbestimmung sowohl nach innen wie nach außen. Nach innen, wenn sie gegenüber den Dynastien und Einzelstaaten, gegenüber den Bureaukratien und ihren obrigkeitlichen Ordnungen, gegenüber allen historisch erwachsenen Gewalten des deutschen Bodens das Fundament des Staates tiefer in die Nation selber hineinzulegen dachten. Ebenso aber nach außen, wenn sie alles Deutschtum in einem einzigen nationalen Staate zu vereinigen verlangten, ohne Furcht vor der Welt, eher von allzuviel Illusionen über das Mögliche erfüllt; sie wollten um Schleswigs willen einen Befreiungskampf gegen Dänemark nicht scheuen und ihre schwarz-rot-goldene Flagge auch auf dem Meere zeigen, sie wollten Frankreich gegenüber auf dem Posten sein und vor russischer Intervention keinen Schritt zurückweichen, sie vermaßen sich einzeln sogar (die Republikaner der Linken), die Großmacht Oesterreich zerbrechen zu helfen, um die Deutschen aus diesem Staate zu sich selber herüberzuholen. Sie wollten Freiheit und Macht zugleich.

Ihre Stärke war der Schwung eines reinen nationalen Strebens, der beseelende und hinreißende Glaube, einer Aufgabe gewachsen sein, wie sie niemals einer deutschen Reichsversammlung gestellt war, und sie erschienen wie ein Bild der Besten in unserem Volke, als eine geistige Gemeinschaft, wie man sie noch nie so vereinigt gesehen hatte: als die Baumeister am Dome der deutschen Einheit, wie Friedrich Wilhelm IV. sie in Köln begrüßte. Man darf schon den Blick sehnsüchtig zurücklenken nach der Reinheit und dem Verantwortungsgefühl ihres politischen Wollens, nach ihrem Unberührtsein durch materielle Egoismen, durch die Bindungen der Parteimaschinen und alles das, was sich seither wie